
Newsletter April 2018

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 2
Weitere Veranstaltungen.....	S. 7
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....	S. 13
Interview mit Frank Überall.....	S. 16
Neu in der Bibliothek.....	S. 18
Am rechten Rand.....	S. 21
Bildnachweise und Impressum.....	S. 23

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

im März wurde im nordrhein-westfälischen Landtag ein Demokratiefördergesetz diskutiert. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, die im Regierungsbezirk Köln seit nunmehr 10 Jahren von der ibs getragen wird, begrüßt dieses Vorhaben. Denn das Auslaufen des maßgeblichen Bundesförderprogramms und des integrierten Handlungskonzepts in NRW Ende 2019 bedrohen die etablierte und notwendige professionelle Arbeit im Land. Langfristige Planungen werden so unmöglich, Kooperationen belastet und die fachliche Weiterentwicklung auf der Basis einer fehlenden Perspektive erschwert.

Allerdings gibt es auch kritische Stimmen aus verschiedenen Richtungen mit ganz unterschiedlichen Begründungen. Die Fraktion der „Alternative für Deutschland“ im nordrhein-westfälischen Landtag ist gegen ein solches Gesetz, da dabei nur der Linksextremismus gefördert werde. Daher habe man auch eine große Anfrage zu diesem Thema gestellt. Die Antwort der Landesregierung liegt nun vor.

Darin heißt es, dass „aus Sicht der Landesregierung und mit Blick auf das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie auf bestehende Gesetze“ es nicht nachvollziehbar sei, „warum die Ablehnung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit oder Intoleranz sowie die Befürwortung von Toleranz, Weltoffenheit oder Vielfalt als ‚politisch linke Ideologeme‘ bezeichnet werden“. Vielmehr gehörten diese zum Grundkonsens demokratischen Handelns.

Die Landesregierung fördere „zivildemokratische Projekte und Einrichtungen, die konkrete gesellschaftliche Probleme aufgreifen und diesen mit adäquaten Maßnahmen im Rahmen der Werteordnung des Grundgesetzes begegnen“.

Dieses Ziel verfolgt auch die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus. So ging es uns in unserer Bildungsarbeit schon immer darum, Jugendliche und Erwachsene zu befähigen, sich mit gesellschaftspolitischen Veränderungsdynamiken und Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft sowie mit extrem rechten, rassistischen und antisemitischen Ideologien, Vorurteilen und Feindbildern auseinanderzusetzen.

Die Herausforderungen der kommenden Jahre werden nun sein, das, was die Landesregierung mit demokratischem Handeln und Werteordnung des Grundgesetzes beschreibt, mit Leben zu füllen. Dabei kann nicht allein die Vermittlung eines formalen Demokratiebegriffs im Mittelpunkt stehen, der dem „Extremismus“ entgegengesetzt wird, sondern um Demokratie als Prozess, in dem es um Fragen von Gerechtigkeit, um Aushandlung von Konflikten und unterschiedliche Interessen, um Konsensfindung, aber auch um Aushalten von Dissens geht. Mit der Entwicklung unseres Hauses für Erinnern und Demokratie wollen wir uns genau mit diesen Fragen auseinandersetzen.

Ich danke Lenny Streit für die Mitarbeit an diesem Newsletter und hoffe, dass Sie auch dieses Mal wieder interessante Informationen finden.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der ibs

Der Warschauer Aufstand 1944

Öffentliche Führung, Sonntag, 08. April 2018, 14 Uhr, EL-DE-Haus



Der Warschauer Aufstand vom 1. August bis 3. Oktober 1944 ist für Polen ein Schlüsselereignis seiner Geschichte. In Deutschland hingegen ist das Ereignis viel weniger bekannt als der Aufstand

im jüdischen Ghetto von Warschau 1943. Die brutale Niederschlagung des Aufstandes 1944 durch SS, Wehrmachts- und Polizeieinheiten,

die rund 150.000 Menschen in Warschau ermordeten, war eines der größten deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs.

Führung mit Birte Klarzyk. Ein Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Der Warschauer Aufstand 1944“

Treffpunkt: Kasse im EL-DE-Haus

Führungsgebühr: Euro 2 zzgl. Eintritt

Der Fall Katz-Rosenthal / Jakob Domgörgen, Robert Ley und Josef Grohé

Vortrag, Donnerstag, 12. April 2018, 19 Uhr, EL-DE-Haus

Vor 90 Jahren und damit fünf Jahre vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten ereignete sich in Köln die sogenannte „Mausaffäre“. Der Boxer Jakob Domgörgen trat mit der erpresserischen Behauptung, im Gulasch der Großmetzgerei Katz-Rosenthal habe sich eine Maus befunden, eine Lawine antisemitischer Veröffentlichungen des „Westdeutschen Beobachters“ los. Für die Agitatoren des Blattes, den späteren Reichsleiter Robert Ley und Gauleiter Josef Grohé, erwies sich die Angelegenheit als Karrieresprung. Die Auflage des NS-Presseorgans schoss in die Höhe. Katz-Rosenthal wehrte sich mit allen zur Verfügung stehenden gerichtlichen und medialen Mitteln. Den Gerichtsprozess gewann Katz-Rosenthal zwar

in zweiter Instanz, doch die öffentliche Wirkung für das Unternehmen war verheerend.

Michael Vieten gibt Einblicke in einen Kriminalfall und zeigt erste Anzeichen nationalsozialistischer Gewalt gegen Juden in Köln auf.



Michael Vieten, Jg. 1969, als Sozialpädagoge tätig, lebt in Köln und veröffentlichte das Buch: „Katz-Rosenthal, Ehrenstraße 86, Köln“

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Rund um den Rathenauplatz

Exkursion, Sonntag, 15. April 2018, 15 Uhr, Köln-Innenstadt



Wir entdecken das jüdische Köln rund um den Rathenauplatz: die beeindruckende Synagoge der orthodoxen Gemeinde und viele heute unsichtbare Stätten der ehemals reichhaltigen jüdischen Geschichte Kölns. (Eine

Besichtigung des Innenraumes der Synagoge findet in diesem Rahmen nicht statt.)

Mit: Gregor Aaron Knappstein, Mitglied der jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums.

Treffpunkt: Vor der Synagoge Roonstraße

Führungsgebühr: 8 Euro

Anmeldung bis 11.04.2018 unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=24657&inst=14

Der Warschauer Aufstand 1944

Exklusive Führung für Mitglieder des Vereins EL-DE-Haus e.V.,

Montag, 16. April 2018, 17 Uhr, EL-DE-Haus

Bei der Ausstellungsführung wird auf die besonderen Mittel der Präsentation wie kolorierte Archivfotografien, Zeitzeugenberichte, interaktive Multimediaelemente und eine computeranimierte Rekonstruktion des zerstörten Warschaus eingegangen.

Führung mit Dr. Jürgen Müller. Ein Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Der Warschauer Aufstand 1944“

Treffpunkt: Kasse im EL-DE-Haus

Teilnahme: kostenfrei für Vereinsmitglieder

Kölnener Täter bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstands 1944

Vortrag, Donnerstag, 19. April 2018, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Hans Antweiler, geboren 1919 in Köln, wurde am 8. Juli 1946 durch das Sonderstrafgericht Warschau mit Sitz in Łódź wegen der Beteiligung an Erschießungen von Zivilisten während des

Warschauer Aufstands zum Tode verurteilt und am 5. August 1946 in Warschau öffentlich erhängt. Die Geschichte dieses Täters ist ebenso wenig bekannt wie das Wirken anderer Kölner, die in SS- oder Wehrmachtuniform an den ge-

gen die polnische Bevölkerung begangenen Kriegsverbrechen in Warschau im Jahr 1944 beteiligt waren. Am Beispiel verschiedener Kölner Soldaten beleuchtet der Vortrag die Lebenswege dieser Täter.

Der Referent, Tobias Metzner, ist Historiker mit den Forschungsschwerpunkten Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg; Promotion über „Kriegs- und Zivilgefangenenlager in Polen zwischen 1944 und 1950“ an der Universität Köln.

Ein Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Der Warschauer Aufstand 1944“

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

„Die Endlösung der Judenfrage“. Der Eichmann-Prozess in Jerusalem (1961)

Film, Sonntag, 22. April 2018, 11 Uhr, Filmforum NRW

Der Griff Nazideutschlands zur Weltmacht endete mit der totalen Niederlage und der Bilanz von fast 40 Millionen Opfern – u. a. 30 Millionen Sowjetbürger, 6 Millionen Polen, 2 Millionen Jugoslawen, 500.000 Tschechoslowaken. Unter ihnen waren 5 Millionen Juden, zu denen noch 1,3 Millionen ermordete Juden aus West- und Südosteuropa und 500.000 Sinti und Roma gerechnet werden müssen.

Schon 1946 lagen zwei Abhandlungen zur Frage nach der Schuld an diesen Menschheitsverbrechen vor: Karl Jaspers sah die politische Schuld aller Deutschen darin, 1932/33 zugelassen zu haben, „daß ein solches Regime bei uns entstanden ist“. Hannah Arendt konstatierte für die Endzeit des Regimes ab 1940/41 den Zustand einer „totalen Komplizenschaft des deutschen Volkes“ und sprach von einer „Volksgemeinschaft des Verbrechens“.

Aber die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft negierte diese Diagnoseangebote und entschied sich für eine Politik der Amnestie und Amnesie: Die 1949 gegründete Bundesrepublik integrierte die Mehrheit der NS-Eliten wie der Beamten in den neuen Staat und ließ die von den Alliierten verurteilten Kriegsverbrecher frei. Gleichzeitig löschten die Deutschen die Verbrechen der Vergangenheit im kollektiven Gedächtnis, indem sie diesen Teil der Geschichte abspalteten und ihn Anderen zuwiesen: „Mitte der fünfziger Jahre“, so der Historiker Norbert Frei, „hatte sich ein öffentliches Bewußtsein durchgesetzt, das die Verantwortung für die Schandtaten des ‚Dritten Reiches‘ allein Hitler und einer kleinen Clique von Hauptkriegsverbrechern zuschrieb, während es den Deutschen in ihrer Gesamtheit den Status von politisch Verführten zubilligte, die der Krieg und seine Folgen schließlich sogar selber zu Opfern gemacht hatten“.

Gegen dieses Geschichtsbild konnte sich die Wahrheit nur in Form von Tabubrüchen durchsetzen. Die Filmreihe „Der Skandal als vorlauter Bote“, präsentiert vom NS-Dokumentationszentrum in Kooperation mit dem Arbeitskreis für Intergenerationelle Folgen des Holocaust, ehem. PAKH e.V., zeigt acht Fälle aus dieser 60-jährigen Skandalgeschichte. Am 22. April ist der zweite Film in der Reihe zu sehen:

Im Mai 1960 wurde der frühere SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann in Buenos Aires vom israelischen Geheimdienst gekidnappt. Der Hinweis auf den Aufenthaltsort und den neuen Namen des „Managers der Endlösung“ stammte vom Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Der Prozess, der im April 1961 begann und mit dem Todesurteil Ende 1961 endete, stand im Zentrum der Weltöffentlichkeit. Die Aussagen der überwiegend jüdischen Zeugen machten erstmals die Mechanismen des Völkermordes sichtbar. Die deutschen Medien präsentierten zwei Modelle im Umgang mit der NS-Zeit – die Warnung vor dem Schaden durch die „wieder hochgespülten“ negativen Bilder im Ausland oder die Forderung, sich „der kollektiven Verantwortung“ für die Verbrechen des „Dritten Reiches“ doch endlich zu stellen. Die Bundesregierung, der Eichmanns Adresse schon lange

bekannt war, weigerte sich, dessen Überstellung an ein deutsches Gericht zu beantragen – ganz so, als ob sie für den Fall nicht zuständig wäre.

Mit einem Vortrag mit Hannes Heer und Filmausschnitten aus „Der Spezialist“ von Eyal Sivan, D 1999



Ort: Filmforum NRW im Museum Ludwig, Bischofsgartenstraße 1, 50667 Köln

Eintritt: 10 Euro, erm. 6 Euro

Reservierungen unter Tel. 0221 – 221 26332 oder nsdok@stadt-koeln.de

Sammelkarte für acht Veranstaltungen 58 Euro, erm. 38 Euro; Karten im Vorverkauf an der Museumskasse des NS-DOK und an der Tageskasse im Filmforum NRW.

Das komplette Programm unter: www.nsdok.de

Der Warschauer Aufstand im Kontext des Zweiten Weltkriegs Podiumsdiskussion, Donnerstag, 26. April 2018, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Der Warschauer Aufstand von 1944 ist nicht nur ein zentrales und bis heute in Deutschland viel zu wenig bekanntes Ereignis des Zweiten Weltkrieges. Die politischen und militärstrategischen Entscheidungen der Alliierten im Zusammenhang mit dem Aufstand offenbarten die unterschiedlichen Interessenlagen und legten damit auch einen der Grundsteine für den „Kalten Krieg“, der die Welt für vier Jahrzehnte in „Ost“ und „West“ aufteilte. In der Diskussion werden

die verschiedenen Dimensionen des historischen Ereignisses für die polnische, europäische und internationale Geschichte des 20. Jahrhunderts thematisiert. Auch werden die sich wandelnden geschichtspolitischen Narrative vor dem Hintergrund des historischen Wandels seit 1989 analysiert.

Teilnehmer der Podiumsdiskussion:

Dr. Paweł Kowal – Historiker und Politikwissenschaftler, Mitverfasser des Konzepts des Museums des Warschauer Aufstands

Prof. Dr. Christoph Klessmann – Historiker, mit dem Schwerpunkt Deutsch-Polnische Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Moderator: Dr. Marek Lasota – Historiker, Direktor des Heimatarmee Museums in Krakau

Ein Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Der Warschauer Aufstand 1944“

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Helferinnen, Verfolgte, Akteurinnen. Frauen im NS-Staat Kolloquium, Freitag, 27. April 2018, 13 Uhr, EL-DE-Haus



Das Kolloquium behandelt die Rollen von Frauen in der nationalsozialistischen Gesellschaft. Zunächst geht es um die Biografien, Beweggründe und Tätigkeitsfelder weiblicher

Angestellter von Gestapo und SS. Sodann wird die Verfolgung und Ausgrenzung von Frauen mit Blick auf den Strafvollzug sowie die NS-Bevölkerungspolitik thematisiert. Anschließend soll diskutiert werden, welche Möglichkeiten es zur

weiteren regionalen Erforschung „weiblichen“ Widerstands gibt. Zum Schluss der Veranstaltung werden am Beispiel Kölns frauengeschichtliche Initiativen zur Aufarbeitung der NS-Herrschaft vorgestellt.

Mit Beiträgen von Irene Franken, Lena Haase, Matthias Klein, Anne Ley-Schalles, Thomas Roth, Susanne Schink und Yvonne Schäfers.

Eine schriftliche **Anmeldung** unter Angabe des Forschungsinteresses wird erbeten (nsdok@stadt-koeln.de).

Der Programmablauf findet sich unter:
www.nsdok.de/Arbeitsbereiche/Forschung/Einzelkolloquien

Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“ Führungen, Donnerstag, 3. Mai 2018, 18.30 Uhr und Samstag, 5. Mai 2018, 14 Uhr, EL-DE-Haus

Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen zeigt die Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus.

Führungen mit Oliver Meißner Treffpunkt: Kasse EL-DE-Haus

Führungsgebühr:
fällt nicht an.

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro (3. Mai KölnTag: Freier Eintritt für Menschen mit Wohnsitz in Köln)



Vom Gastarbeiter zum Gangster-Rapper. HipHop, Migration und Empowerment Multimediale Lesung, Freitag, 4. Mai 2018, 18 Uhr, Allerweltshaus



Mit ihrem Buch „Fear of a Kanak Planet“ haben Murat Güngör und Hannes Loh schon 2002 eine Debatte über HipHop, Migration, Rassismus und Verantwortung angestoßen. Inzwischen beschäftigen sich die beiden ehemaligen Rapper

mit dem aktuellen Phänomen des Gangsta- bzw. Straßenrap und bringen dieses Genre in Verbindung mit der ersten Generation von Einwanderern in die BRD, den sogenannten Gastarbeitern.

Auf ihrer multimedialen Lesung bringen Güngör und Loh die kulturellen Empowerment-Strategien der ersten Einwanderergeneration (der „Gastarbeiter“) in einen Zusammenhang mit der Entwicklung von HipHop in Deutschland. Dies soll helfen, das relativ junge Phänomen „deutscher Gangsta-Rap“ einzuordnen und den Einfluss von Migrationserfahrung, Marginalisierung und die daraus erwachsenden Konzepte der Selbstermächtigung besser zu verstehen. Auch die Werte und die Besonderheiten der ersten HipHop-Generation in Deutschland, der „Alten

Schule“, werden in diesem Zusammenhang diskutiert.

Manifestierte sich die Selbstermächtigung der 1. Generation von Einwanderern vor allem auf einer ökonomisch-sozialen Ebene, weil für diese Menschen die Themen Arbeit und Wohnen zentral waren, so reflektierte die 2. Generation ihre Situation schärfer und stellte auf einer politisch-gesellschaftlichen Ebene die Frage nach Staatsbürgerschaft, Identität und Teilhabe. Gangsta-Rap, so wie er sich in Deutschland in den letzten 15 Jahren entwickelt hat, steht für eine hybride, indirekte Form der Selbstermächtigung: Hier tauchen als Versatzstücke auch die Themen auf, die die 1. und 2. Generation beschäftigt haben, sie verkörpern sich aber eher in Haltung, Style, Sprache und Auftreten – also in ästhetischen Kategorien. Dabei ist Gangsta-Rap mehr als andere kulturelle Phänomene ein Kind

der Diaspora – und zwar im wörtlichen Sinne. Die Erfahrung von Migration und Marginalisierung in der postfordistischen Gesellschaft ist konstituierend für Gangsta-Rap.

Auf ihrer Lesung präsentieren die beiden Autoren viele Texte, Bilder, Songs, Videos und Filme. Im Anschluss laden sie ihre Gäste ein, über ihre Thesen zu diskutieren.

Eine Veranstaltung der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt e.V.) an der Universität Köln sowie der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Ort: Allerweltshaus, Körnerstr. 77-79, Köln-Ehrenfeld

Eintritt: frei

Vernetzungstreffen der Kölner Willkommensinitiativen

Montag, 9. April 2017, 19 Uhr, Köln-Mülheim

Das Forum für Willkommenskultur und die Melanchthon-Akademie laden ein: *„Regelmäßig laden wir alle, die sich in der Flüchtlingsarbeit in und um Köln engagieren, zu Vernetzungstreffen ein. Die Freiwilligen können sich hier kennenlernen, austauschen und Verabredungen zu neuen Kooperation treffen. Nach einem Auftakt im Plenum, bei dem es u. a. Infos zu den Mindeststandards gibt, tauschen sich die Freiwilligen zu*

verschiedenen Themen aus. Derzeit geplante Themen sind die Vorstellung des „Haus Afrika“, einer Vereinigung diverser afrikanischer Migrantenselbstorganisationen und eine AG zum Thema rassistische Gewalt und Hetze gegen Geflüchtete, angeboten von Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln.“

Ort: MütZe Bürgerhaus, Berliner Str. 77, Köln

Ein Gespenst geht um – wie Populismus unsere Freiheit gefährdet

Diskussionsabend, Dienstag, 10. April 2018, 19.30 Uhr, Stadtgarten

Die Heinrich-Böll-Stiftung setzt ihre Veranstaltungsreihe „Verstehen Sie? Disput im Stadtgarten“ fort und diskutiert diese Fragen mit Paulina Fröhlich von der Initiative „Kleiner 5“ und dem Politiker Ralf Fücks: *„Ging es in den 1960er-Jahren noch darum, sich für den politischen Wandel und für eine offene Gesellschaft einzusetzen, geht es heute immer mehr darum, unsere demokratische Wertegemeinschaft und die errungenen Freiheiten zu bewahren. Es scheint zurzeit chic zu sein, sich abfällig über Politik und parlamentarische Strukturen zu äußern und so antidemokratische Ressentiments zu befördern. Populistische Demagogen haben großen Zulauf und rufen: ‚Das wird man doch mal sagen dür-*

fen.‘ Diskussionen über die Entfernung von Gedichten von Hauswänden und über geschlechtsneutrale Toiletten sind an der Tagesordnung und werden in fast schon aggressivem Ton geführt. Eine Verständigung scheint oft kaum mehr möglich. Wie können wir wieder miteinander reden? Wie können wir unsere Freiheit verteidigen?“

Moderation: Ulla Egbringhoff

Ort: Stadtgarten/Studio 672, Venloer Str. 40, 50672 Köln

Eintritt: frei

Fluchtursachen

Diskussion, Mittwoch, 11. April 2018, 14 Uhr, Uni Köln

Der SDS Köln lädt ein: *„Obergrenzen, Stacheldraht, Festung Europa. Die gesellschaftliche Stimmung kippt nach rechts. Auf der Straße dominiert rassistische Hetze. Jeden Tag brennen mehr Flüchtlingsheime. Die Rechten haben einen Sündenbock gefunden: Die Geflüchteten. Doch kaum jemand spricht von Fluchtursachen.*

Katja Kipping, Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE, wird eine andere Perspektive auf dieses Thema einnehmen. Arme Menschen in Deutsch-

land und Geflüchtete dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Was für Fluchtursachen gibt es? Welche Rolle spielt dabei Deutschland, die EU oder andere imperialistische Mächte? Wie kann die (un)organisierte Linke darauf reagieren und diese rechte Hegemonie brechen?“

Ort: Universität zu Köln Albertus Magnus Platz, Hauptgebäude im Hörsaal VIII

Eintritt: frei

Das Versagen der Medien

Diskussion, Donnerstag, 12. April 2018, 19 Uhr, Allerweltshaus

Das Allerweltshaus lädt ein: „Erfüllen Zeitungen und Fernsehen noch ihre ‚Wächterrolle‘ in der Demokratie? Wo liegen die Gründe für das Versagen der Medien? Wir wollen sprechen über den maßgeblichen Einfluss von Think Tanks, Lobbyisten und Eliten, über Medienkonzentration und immer schlechtere Arbeitsbedingungen von Journalisten, von mangelnder Sorgfalt und der ‚Schere im Kopf‘.“

Diskutieren wollen wir auch, ob die Kommunikation im Internet und in Social-Media-Kanälen neue demokratische Räume der Meinungsbildung öffnet oder ob wir uns nur noch mit weitgehend Gleichgesinnten in Echokammern unterhalten und nicht bemerken, welche Informationen uns nicht erreichen oder wie sie unseren Fokus einschränken. Wie öffnen wir diese geschlossenen Kreise?

Für ein Podiumsgespräch und eine Publikumsdiskussion stehen der langjährige und ausgewiesene Experte Wolfgang Lieb und Vicky Hytrek bereit. Lieb war Sprecher der Landesregierung NRW und Staatssekretär im Wissenschaftsministerium, danach über viele Jahre

Mitherausgeber eines Blogs. Vicky Hytrek koordiniert als freie Journalistin seit Jahren das Radioprogramm des Allerweltshauses ‚allewelt on air‘.“

Gesprächsleitung: Birgit Morgenrath, freie Journalistin

Ort: Allerweltshaus, Körnerstr. 77-79, Köln-Ehrenfeld

Eintritt: frei



Rechte Sprüche und Parolen. Zum Umgang mit rassistischer Hetze gegen Geflüchtete

Workshop, Freitag, 13. April 2018, 15 Uhr, Köln-Kalk

Katholisches Bildungswerk Köln, Caritasverband für die Stadt Köln e.V., Aktion Neue Nachbarn und Katholikenausschuss in der Stadt Köln laden ein: „Nicht selten tauchen im Alltag rassistische oder als problematisch empfundene Aussagen zu Geflüchteten auf. Es werden diskriminierende Begrifflichkeiten genutzt oder sogar Propaganda der extremen Rechten reproduziert, die mit dem Thema Flucht und Asyl versucht, salonfähig zu werden.“

Wie können wir als Ehren- oder auch Hauptamtliche im Kontext unserer Arbeit damit umgehen? Wie reagiere ich auf rassistische Propaganda? Welche Möglichkeiten habe ich in Gesprächen? Wie hat sich das „Feld des Sagbaren“ in der aktuellen Diskussion verschoben und was bedeutet das für die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung?

Der Workshop bietet Raum für diese Fragen, behandelt Argumentations- und Handlungsstrategien mit ihren Möglichkeiten und Grenzen und gibt Gelegenheit zum Ausprobieren.“

Mit: Hans-Peter Killguss, Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus und Ilja Gold, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Teilnahmegebühr: fällt nicht an

Für alle Workshops ist eine **Anmeldung** unter anmeldung@bildungswerk-koeln.de (mit Ihrem Namen, Ihrer Adresse und dem Titel des Workshops) erforderlich.

Ort: Caritas-Zentrum Kalk, Bertramstr. 12 – 22, 1. Etage, 51103 Köln

Dieser Schmerz betrifft uns alle

Matinee, Sonntag, 15. April 2018, 11 Uhr, Filmforum NRW



Initiative Völkermord Erinnern, recherche international e.V. und: FilmInitiativ Köln e.V. laden ein: „Deutschland steht an einer Scheidelinie. Alte und neue Nationalisten setzen alles daran, staatskritische und antirassistische Überzeugungen zu diskreditieren. Sie wollen die ‚völkische‘ Nation und den autoritären Staat und für beides wollen sie Gefolgschaft.

Genau aus diesem Grunde verlangen sie so hasserfüllt das Ende einer Erinnerungskultur, die sich in den letzten Jahrzehnten in vielen Ländern Europas entwickelt hat. Denn sie wissen: wer die historische Erinnerung an staatliche Gewaltverbrechen und an die genozidalen Folgen von Rassismus und Nationalismus lebendig hält, bleibt wach für gegenwärtiges Unrecht und empathisch mit den Opfern.

Wir wollen diese staatskritische Erinnerungskultur verteidigen und vertiefen, wir wollen uns der Gewaltverbrechen in unserer Geschichte be-

wusst bleiben. Dazu gehören der Genozid des deutschen Kaiserreiches unter Wilhelm II. an OvaHerero und Nama im heutigen Namibia und die Beteiligung am Genozid an den Armeniern im osmanischen Reich. Dazu gehören die Shoah (die Ermordung der europäischen Juden) und der Genozid an den Roma und Sinti im Nationalsozialismus.

Die Kölner Initiative ‚Völkermord erinnern‘ möchte mit dieser Matinee einen Beitrag in der aktuellen Auseinandersetzung um die Erinnerungskultur leisten. Deshalb sprechen wir vom Wert und von der Unverzichtbarkeit der Erinnerung und benennen diejenigen, die das kritische Erinnern zu behindern versuchen.

Wir zeigen Filmausschnitte von ‚Aghet‘ (Eric Friedler), ‚Skulls of my people‘ (Vincent Moloji) und ‚A people uncounted‘ (Aaron Yeger) und hören Beiträge für das Erinnern und gegen das Verschweigen von Israel Kaunatjike (Namibia-Aktivist, zum Völkermord an OvaHerero und Nama), Dogan Akhanli (Schriftsteller, zum Völkermord an den Armeniern), Peter Finkelgruen (Schriftsteller, zur Shoah) und Nizaqete Bislimi (Vorsitzende des Bundes Roma Verband e.V., zum Genozid an den Roma und Sinti).

Ort: Filmforum NRW,
Bischofsgartenstr. 1, 50667 Köln

Eintritt: frei

Antisemitismus und Stereotypie – Eine Einführung an Karikaturen

Vortrag, Montag, 16. April 2018, 19 Uhr, Uni Köln

Die Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit lädt ein: „Ob in mittelalterlichen Drucken oder aktuellen Karikaturen in arabischen Zeitungen: Die Bilderwelt des Antisemitismus ist von einer merkwürdigen Einheitlichkeit geprägt. Erprobte und eingeschliffene Erkennungszeichen sind überall gleich abrufbar: Hakennase, Messer, gieriger Blick. Von der Antike bis heute hat sich der Antisemitismus mit diesen Bildern angereichert, sie stets aufs Neue getestet und tradiert. Die politisch-religiöse Konkurrenz von Römern und Griechen fokussierte meist auf reale Sitten und Gebräuche, hatte aber Juden bereits als besonderen Feind markiert. Der christliche Antisemitismus entwirft dann eine theologische Opposition, die Juden mit dem Satan identifiziert. Mit der muslimischen Eroberung Spaniens entstehen auf beiden Sei-

ten Verschwörungstheorien gegen die zwischen den Fronten stehenden Juden. Kleiderordnungen und Verhaltenspflichten in der islamischen und christlichen Welt zielen auf sofortige Erkennbarkeit ab und wollen Juden dem Spott und Übergriffen preisgeben. Im späteren Mittelalter entstehen dann Stereotypen von jüdischer Hexerei, Brunnenvergiftung, Christismord und Ritualmordlegenden. Der moderne Antisemitismus greift die Stereotypen auf, modifiziert einige, belässt erprobte. Neu ist die Projektion kapitalistischer Widersprüche auf Juden, denen nun erneut die Rolle eines kalt planenden ‚Weltfeindes‘ zugeschrieben wird, der sich aufgrund seiner realen Schwäche verfolgen und vernichten ließ. Nach dem Genozid an den europäischen Juden wurde Antisemitismus zu Unrecht als Phänomen der extremen Ränder wahrgenom-

men. In der Mitte der Weltgesellschaft lebten Stereotype fort, die sich in den Bilderwelten renommierter Tageszeitungen niederschlugen und als israelbezogener Antisemitismus einen neuen ‚Weltfeind‘ entwarfen.

Der Bildvortrag wird in die Geschichte der antisemitischen Stereotypie einführen und an Bildern von Kraken, Haien und Heuschrecken das Problem des ‚strukturellen Antisemitismus‘ und an Schriften und Bildern aus dem Nahostkonflikt das Problem des ‚sekundären Antisemitismus‘ diskutieren.

Der Referent Dr. Felix Riedel ist Ethnologe und freiberuflich in der Politischen Bildungsarbeit und als freier Autor tätig.

Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Bündnis gegen Antisemitismus, dem Studierendenausschuss der Vollversammlung an der Humanwissenschaftlichen Fakultät und der Deutsch Israelischen Gesellschaft AG Köln.“

Ort: Im Hauptgebäude der Humanwissenschaftlichen Fakultät (216), Hörsaal 121 (1.Stock)

Eintritt: frei

Kinder gegen antimuslimischen Rassismus stärken!

Fortbildung, Dienstag 17. und Dienstag 24. April 2018, 14 Uhr, Melanchthon Akademie

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften lädt ein: „Im öffentlichen Raum und in den Medien regiert das Bild von einem rückschrittlichen Islam, der Frauenunterdrückung und Gewalt rechtfertigt oder sogar verursacht. Dieses Bild beeinflusst unsere pädagogische Arbeit und die Kinder und Jugendlichen, mit denen wir arbeiten. Wie können wir eine Gleichwertigkeit von Religionen und Lebensentwürfen vermitteln? Wie können wir Kinder in ihren unterschiedlichen Zugehörigkeiten stärken und einen offenen und wertschätzenden Austausch in Gruppen fördern? Ziele des Workshops sind, antimuslimischen Rassismus zu erkennen und für das eigene Arbeitsumfeld Ideen zu entwickeln, wie Kinder und Jugendliche im Umgang mit antimuslimischem Rassismus unterstützt werden können.“

Ort: Melanchthon Akademie
Kartäuserwall 24B, 50678 Köln



**verband binationaler
familien und partnerschaften**

Anmeldung: anmeldung@melanchthon-akademie.de oder 0221 9318030

Teilnahmebeitrag: 50 Euro

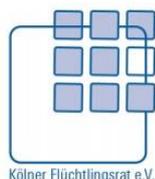
Methoden: Inputs, Gruppen- und Einzelarbeit, Gespräche und Übungen im Plenum

Referentinnen: Michaela Schmitt-Reiners, Landesgeschäftsführerin des Verbands binationaler Familien- und Partnerschaften, Diplom-Übersetzerin & Trainerin

Bahar Dağtekin, M.A. Interkulturelle Kommunikation und Bildung, Trainerin Verband binationaler Familien und Partnerschaften NRW

Grundlagen des Asylrechts

Vortrag, Mittwoch, 18. April 2018, 18 Uhr, Köln-Nippes



Das Forum für Willkommenskultur lädt ein: „Der Fortbildungsabend vermittelt ein Basiswissen zu einigen wichtigen Fragestellungen des Asyl-

rechts: Aus welchen Gründen wird Schutz vor Verfolgung gewährt? Wie ist der Ablauf des

Asylverfahrens? Welche Gesetzesverschärfungen gab es zuletzt? Welche Abschiebungshindernisse werden berücksichtigt? Es findet keine Klärung von Einzelfällen statt!“

Referent: Claus-Ulrich Prölß, Kölner Flüchtlingsrat e. V.

Ort: Flüchtlingszentrum Fliehkraft, Turmstr. 3, 50733 Köln

Eintritt: frei

A Million Stories – Geschichten von Geflüchteten: Public Launch Lesung, Donnerstag, 19. April 2018, 17 Uhr, Stadtbibliothek Köln



Die Stadtbibliothek Köln lädt ein: „Wir feiern die weltweite Veröffentlichung zahlreicher Geschichten von Menschen mit Fluchterfahrung, die von uns und Ehrenamtlichen im Laufe des letzten Jahres gesammelt worden sind. Im Rahmen einer kleinen Feier stellen wir die dafür neu geschaffene

Website vor, außerdem werden ausgewählte Geschichten von professionellen Schauspielerinnen und Schauspielern vorgetragen. Nach der Lesung kann man bei kleinen Snacks und Getränken mit anderen Menschen mit und ohne Fluchterfahrung ins Gespräch kommen.

Seit rund einem Jahr sind wir in dem EU-Projekt ‚A Million Stories‘ mit Partnerbibliotheken aus Roskilde, Malmö und Athen vernetzt. Gemein-

sam sammeln wir Geschichten: Was haben geflüchtete Menschen erlebt, wie geht es ihnen heute? Sie erzählen von Not, Kummer, Flucht und Ungewissheit, aber auch von Kindheit, Ausbildung, dem Leben in Europa und von Wünschen und Hoffnungen.

Die Veranstaltung ist ein ‚Bergfest‘, denn noch bis Ende 2018 werden alle beteiligten Partner weitere Geschichten sammeln.

Im Ergebnis entsteht eine interkulturelle und multimediale Sammlung von Geschichten auf der neuen Website des Projekts. Das Projekt macht diese Migrationsgeschichten im Sinne der Integration einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Die Geschichten machen die sonst so abstrakt erscheinenden Vorkommnisse aus Zeitung, Netz und TV erfahrbarer und rücken Einzelschicksale in den Fokus. Das vom Creative Europe Programme der Europäischen Union unterstützte Projekt fördert damit Akzeptanz, Empathie und Toleranz.“

Veranstaltungsort: sprachraum der Stadtbibliothek, Josef-Haubrich-Hof 1a, 50676 Köln

Eintritt: frei

Man Hunt

Film, Freitag, 20. April 2018, 19 Uhr, Museum Ludwig

Das Museum Ludwig lädt ein: „Ein britischer Jäger (Walter Pidgeon) legt auf den deutschen Führer an und wird selbst zum Gejagten. Straschek zitiert die spektakuläre Anfangssequenz in seiner ‚Filmemigration‘. Die Geschichte ist glänzend fotografiert und selbst in den Nebenrollen – John Carradine als superbritischer deutscher Spion – glänzend besetzt.

Obwohl dieser Film Noir jeder Plausibilität ermangelt, spiegelt er doch das Gefühl der Bedrohung durch Nazideutschland sehr stark und endet, trotz des noch geltenden Neutrality Act, mit einer klar antifaschistischen Botschaft.“

Regie: Fritz Lang, USA 1941, OV, 100 Min.
Begleitprogramm im Rahmen der Ausstellung „Günter Peter Straschek. Emigration – Film – Politik“

Ort: Kino im Museum Ludwig, Südeingang

Eintritt:
6,50 Euro, erm. 5,50 Euro



Ausgrenzung und Hass – Was treibt unsere Gesellschaft auseinander?

Gespräch, Sonntag, 22. April 2018, 19.30 Uhr, Köln-Sülz



Das katholische Bildungswerk Köln, die evangelische und katholische Kirchengemeinden in Sülz und Klettenberg, die ökumenische Initiative Eine Welt

sowie das Friedensbildungswerk Köln laden ein: *„Womit haben wir es zu tun? Es ist nicht nur die Sprache, die verroht. Und es ist auch nicht allein die fehlende Unmittelbarkeit der Neuen Medien, die es gefahrlos ermöglicht, Menschen mit Schimpf- und Hasstiraden zu überziehen. Es muss mehr hinzukommen, das wirklichen Hass begründet und wir wollen ergründen, was Menschen bewegt, sich im Umgang mit anderen jedes Respekts zu entledigen.*

Doch das allein reicht noch nicht. Dem Hass begegnen lässt sich nur, indem man seine Einladung, sich ihm anzuverwandeln, ausschlägt‘, sagt Carolin Emcke in Ihrem Buch ‚Gegen den Hass‘. Wie kann das gehen, und wie wird aus der rühmlichen Haltung Einzelner eine Kraft, die das Zeug hat, eine gesellschaftliche Gegenbewegung anzustoßen?

Darüber wollen wir mit unserem Gast Roland Schüler, Mediator, Leiter des Kölner Friedensbildungswerks und langjähriger Bezirksvertreter hier in Lindental ins Gespräch kommen.“

Ort: Tersteegenhaus,
Emmastraße 6, 50937 Köln

Eintritt: frei

Wie kann Integration in der Migrationsgesellschaft gelingen?

Dienstag, 24. April 2018, 19.30 Uhr, Domforum

Das katholische Bildungswerk Köln lädt ein: *„Wenn wir von Integration reden, wird damit oft ‚Anpassung von MigrantInnen‘ assoziiert. Doch Integration ist nicht gleichbedeutend mit Assimilation. In unsere von sprachlicher, kultureller und religiöser Vielfalt geprägte Gesellschaft müssen sich MigrantInnen ebenso integrieren wie Alt-ingesessene, die sich manchmal damit schwer tun, dass sich ihre Umwelt geändert hat. Es geht also um einen komplizierten und wechselseitigen Prozess, der gegenseitigen Respekt erfordert und Veränderungen für alle Seiten mit sich*

bringt. Dazu braucht es die Bereitschaft zu offenen Begegnungen und zu strukturellen Reformen. Der Referent, Dr. Josef Freise, Prof. em. und Lehrbeauftragter an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Köln, wird diese doppelte Herausforderung konkretisieren und gelungene Beispiele wechselseitiger Integration vorstellen.“

Ort: Domforum,
Domkloster 3, 50667 Köln

Eintritt: 3 Euro

Günter Peter Straschek. Emigration – Film – Politik Workshop-Angebot im Museum Ludwig

Der Museumsdienst der Stadt Köln teilt mit:
„Einer der beeindruckendsten Dokumentarfilme der deutschen Fernsehgeschichte schlummerte Jahrzehnte im Archiv des WDR: Günter Peter Strascheks Filmemigration aus Nazideutschland von 1975. Jetzt rückt er ins Zentrum einer Ausstellung, die Strascheks Schaffen im Kontext der revolutionären Filmarbeit der 60er- und 70er-Jahre vorstellt. Straschek (1942–2009) ist einer der bedeutendsten Erforscher des europäischen Filmexils.“

Viele der über 2.000 vor den Nazis geflohenen Filmleute kommen in den Filminterviews zu Wort. Die Ausstellung erinnert an Straschek als einen Unversöhnlichen, dessen beharrlicher Blick die verleugnete Vergangenheit auf die Tagesordnung setzte.“

Für: Sekundarstufe I und II, geeignet ab:
7. Klasse, Dauer: 90 Minuten, Gruppengröße:
max. 30

Der Workshop kann nur freitags oder am
Wochenende gebucht werden.



Preis pauschal: Euro 60
(Wochenende/Feiertag: zzgl. Euro 15)

Freier Eintritt für Schüler/innen

Ein Angebot zur Ausstellung: „HIER UND
JETZT im Museum Ludwig. Günter Peter Stra-
schek. Emigration–Film–Politik“, buchbar: bis
zum 01. Juli 2018

Anmeldungen beim Museumsdienst Köln unter:
www.museen.koeln, Tel.: 0221-221-23468
Mail: service.museumsdienst@stadt-koeln.de

Zuhause

Kunstaussstellung im integrativen Wohnprojekt



IN VIA Köln teilt mit:
*„Begegnung auf
Augenhöhe“: Die
BewohnerInnen des
integrativen Wohn-
projektes St. Pan-
taleon gewähren
durch verschiedene
Kunstprojekte, die sie*

*im letzten Jahr gemeinsam mit IN VIA Köln um-
gesetzt haben, einen Einblick in ihr ZUHAUSE
auf Zeit – sei es durch Seelenbilder (‘Seelen-
kunstwerke’), fotografische Momentaufnahmen
aus ihrem Blickwinkel (‘Augenblicke’), der Prä-
sentation von Lieblingsdingen (‘Archiv der Lieb-
lingsdinge’), praktische Näharbeiten (Nähprojekt
St. Pantaleon) sowie Installationen der MoKu,
der mobilen Kunstwerkstatt für Kinder, Jugend-
liche und ihre Familien. Begleitet wird die Aus-*

*stellung durch Fotoinstallationen. In den letzten
12 Monaten arbeiteten Kunst- und Kindheitspä-
dagogInnen, ErzieherInnen, ÜbersetzerInnen
sowie eine Fotografin mit den TeilnehmerInnen
gemeinsam an den verschiedensten Kulturpro-
jekten. Die Aachener Siedlungs- und Woh-
nungsgesellschaft mbH als Eigentümerin von St.
Pantaleon unterstützt diese Ausstellung.“*

Veranstaltungsort: ‚Marktplatz der Möglichkei-
ten‘ im Haus Am Pantaleonsberg 12,
50676 Köln.

Kontakt: Birgit Urbanus, Leitung „Soziale Kul-
turarbeit“, birgit.urbanus@invia-koeln.de.

Die Kunstaussstellung findet bis zum 15. April
2018 in St. Pantaleon statt. Eine Anmeldung zur
Besichtigung der Ausstellung ist erforderlich!

Filmreihe zum Thema Rechtspopulismus

Junge Teilnehmer/-innen gesucht

Das Medienprojekt Wuppertal teilt mit: „In dem Videoprojekt werden junge Menschen eine dokumentarische Filmreihe zum Thema Rechtspopulismus, seinen Einfluss und seine Auswirkungen auf junge Menschen produzieren.“

Die Teilnehmenden sind maßgeblich an der künstlerischen und inhaltlichen Umsetzung

beteiligt. Die Filme werden anschließend im Kino präsentiert und als DVD für die politische Bildungsarbeit genutzt.“

Infos und Anmeldung:

E-Mail: info@medienprojekt-wuppertal.de
www.medienprojekt-wuppertal.de

OPENION – Bildung für eine starke Demokratie

Jetzt um Projektmittel und Unterstützung bewerben

OPENION, ein Projekt der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, teilt mit: „Ab sofort können sich in NRW Projektverbände, bestehend aus einer Schule und einem außerschulischen Träger, für die Teilnahme im bundesweiten Demokratieprojekt bewerben. Die eingereichten Beiträge sollen zum Ziel haben, Demokratie im Alltag erfahrbar zu machen und die Möglichkeit bieten, mitzugestalten und verantwortungsvolle Rollen zu übernehmen. Die ausgewählten Bewerber erhalten 2.000 Euro Projektmittel und werden durch die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) mit Qualifizierungsangeboten, Netzwerktreffen und Hospitationsreisen unterstützt. [...] Demokratie als gesellschaftlichen Aushandlungs- und Gestaltungsprozess erfahr-

bar zu machen – darum geht es in OPENION. Partizipation, Begegnung und die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen stehen im Vordergrund. Kinder und Jugendliche erproben gemeinsam mit ihren erwachsenen Begleiterinnen und Begleitern zeitgemäße Formen der Demokratiebildung. Durch kreatives Ausprobieren und mutiges Selbstermachen entstehen so neue Impulse für die Demokratiebildung in ganz Deutschland.

Bewerben können sich Verbände, die für mindestens ein Jahr ein Projekt für Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 16 Jahren planen.“

Online-Bewerbung unter:

<https://www.openion.de/mitmachen>

„Biblisches Hebräisch“

Hebräisch-Kurs am Kölner Dreikönigsgymnasium

Das Dreikönigsgymnasiums teilt mit: „Für viele Studienfächer stellen bereits in der Schule erworbene Hebräischkenntnisse einen entscheidenden Vorteil dar. In Theologie, Judaistik, Orientalistik, Semitistik und Religionswissenschaft gehört Hebräisch meist in den Pflicht- oder Wahlpflichtbereich. Für viele Studienfächer ermöglichen Hebräischkenntnisse das bessere Einarbeiten in interessante Spezialgebiete oder erleichtern den Zugang zu ähnlichen Sprachen oder Fragestellungen.“

Aber auch für alle, die an Sprache besonders interessiert sind, die eine besonders systematisch aufgebaute Sprache erkunden oder die wichtigen jüdischen und christlichen Quellen unserer Kultur besser kennenlernen wollen, ist die Gelegenheit günstig, schon in der Schule Hebräisch zu lernen. Erfahrungsgemäß können Hebräischkenntnisse in Bewerbungsgesprächen und Zulassungsverfahren hilfreich sein, weil sie

besonderes Engagement, Interesse und Durchhaltevermögen belegen.

Natürlich öffnet Hebräisch auch bei Reisen nach Israel viele Türen, z. B. bei einem Schüleraustausch, für ein Praktikum oder in einem freiwilligen sozialen Jahr. Ein wichtiges Ziel des Hebräischunterrichts besteht nicht zuletzt darin, das Judentum, seine Religion, Geschichte und Kultur und damit auch das heutige jüdische Leben in Deutschland und Europa kennenzulernen.

*Das Dreikönigsgymnasium bietet regelmäßig einen schulübergreifenden Kurs Biblisches Hebräisch für Schüler*innen aller Kölner Gymnasien an. Das Fach Hebräisch kann in der gymnasialen Oberstufe ab der Einführungsphase als neu einsetzende Fremdsprache im Grundkurs gewählt werden. In der Q1 kann die Facharbeit im Fach Hebräisch geschrieben werden. Wer 6 Grundkurse belegt und am Ende mindestens mit*

der Note ‚ausreichend‘ abschließt, erwirbt das Hebraicum. Die in Q1 und Q2 erbrachten Leistungen können in die Gesamtqualifikation für das Abitur eingebracht werden. Hebräisch kann drittes oder viertes Abiturfach sein.“

Informationen zum Kurs unter

<http://dreikoenigsgymnasium.de/wp-content/uploads/2017/12/Curriculum-Hebräisch-1.pdf>

Haselnuss des Monats

„Preis“ für André Poggenburg

Der in Köln ansässige Bundesverband für NS-Verfolgte teilt mit: „Am 14. März 2018 verleiht der BUNDESVERBAND INFORMATION & BERATUNG FÜR NS-VERFOLGTE e.V. mit der ‚Haselnuss des Monats‘ eine virtuelle Auszeichnung an André Poggenburg. Der Preis wird von der NS-Verfolgtenorganisation ab sofort regelmäßig an besonders engagierte Hetzer aus der rechten Ecke verliehen und würdigt die entlarvendsten Äußerungen sowie die eklatantesten Fehlbesetzungen in den Organen demokratischer Institutionen. Illustriert werden die virtuellen Preise mit feinen Karikaturen des Zeichners Dimitri Furman.

„Die Haselnuss ist eine heimische Nuss, deren schwarzbraune Farbe in einem berühmten Volkslied besungen wird. Leider ist sie nur allzu oft hohl. Genau wie die PreisträgerInnen, die wir damit auszeichnen“, erklärt der Geschäftsführer des Bundesverbandes, Dr. Jost Rebentisch. „Der Empfänger unserer allerersten Haselnuss, André Poggenburg, musste letzte Woche zwar aufgrund seiner verbalen Entgleisungen als Partei- und Fraktionschef der AfD in Sachsen-Anhalt zurücktreten. Die Auszeichnung verleihen wir ihm aber trotzdem gerne – wir werfen sie ihm sozusagen hinterher.“

André Poggenburg trat 2013 in die AfD ein, ist seit 2014 Parteivorsitzender in Sachsen-Anhalt, seit 2016 Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt und dort Vorsitzender der AfD-Fraktion. Er gehört jenem sogenannten ‚Flügel‘ der AfD an, der sich betont völkisch-nationalistisch gibt. Von ihm sind zahlreiche rechte Entgleisungen dokumentiert. So bezeichnete er 2017 ‚linksextreme Lumpen‘ als ‚Wucherungen am deutschen Volkskörper‘, in einer Whatsapp-Gruppe teilte er den NPD-Slogan ‚Deutschland den Deutschen‘ und erkundigte sich nach einer ‚Weiterbildung in Sachen ‚Erweiterung der Außengrenzen‘. Am Aschermittwoch 2018 bezeichnete er in einer Rede die in Deutschland lebenden türkischstämmigen Menschen als ‚Kameltreiber‘ und ‚Kümmelhändler‘, die ‚sich dahin scheren (sollten), wo sie hingehören, weit, weit, weit, hinter den Bosphorus zu ihren Lehmhütten und Vielweibern. Hier haben sie nichts zu suchen und zu melden.‘ [...] Herr Poggenburg hat sich die erste ‚Haselnuss‘ also redlich verdient.“

Anmerkung der Redaktion: Am 8. März 2018 kündigte Poggenburg seinen Rückzug vom Amt des Landes- und Fraktionsvorsitzenden in Sachsen-Anhalt zum Ende des Monats an. Am 27. März 2018 folgte Oliver Kirchner ihm als Fraktionsvorsitzender nach.

Mobile Beratungsteams einigen sich auf gemeinsame Grundsätze

Grundsätze liegen in Form einer neuen Broschüre vor

Beim Bundesweiten Strukturtreffen der Mobilien Beratungsteams im Oktober 2017 in Wustermark-Elstal haben Berater_innen aus allen Bundesländern ein gemeinsames Grundsatzpapier verabschiedet. Damit ging ein zweijähriger Verständigungsprozess zu Ende, in dem erstmals in der 25-jährigen Geschichte Mobiler Beratung ein mit Beteiligung aus ganz Deutschland entwickeltes Papier vorliegt. Darin beschreiben die Mitglieder des Bundesverbands ihre inhaltlichen und methodischen Grundsätze, gehen auf ihre Geschichte und Kontexte ein, beschreiben Ziele und Zielgruppen sowie ihre konkreten Arbeitsweisen.

Das Papier wird von den Berater_innen auch als Zielformulierung verstanden – denn nicht in allen Bundesländern können aufgrund der gegebenen Strukturen und Ressourcen die beschriebenen Grundsätze auch umgesetzt werden. Gemeinsam mit den Teams in den Ländern wird der Bundesverband auf der Basis dieser Vereinbarungen nun weiter daran arbeiten, das Berufsfeld Mobile Beratung zu professionalisieren und an der Verbesserung der Rahmenbedingungen zu arbeiten.

Die Broschüre zum Download unter:

<https://www.mbr-koeln.de/>

kontext.flucht

Neuer IDA-Reader erschienen



Das Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuarbeit teilt mit: „Über zwei Jahre nach dem „Sommer des Willkommens“ schwankt das gesellschafts-politische Klima in Deutschland zwischen den verbliebenen Überresten der „Willkommenskultur“ und spürbar zunehmenden, teils offenen Ausgrenzungstendenzen gegenüber geflüchteten Menschen. Pädagogische

Fachkräfte aus den vielfältigen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit sowie selbstorganisierte Vereine, Initiativen und Einzelpersonen, die für und mit jungen geflüchteten Menschen arbeiten, stehen aus einem rassismuskritischen Blickwinkel vor vielfältigen Herausforderungen: Als Multiplikator*innen sind sie gefordert, die besonderen Bedarfe junger geflüchteter Menschen in den Angeboten der Jugendarbeit mitzudenken und zu berücksichtigen, dabei – auch die eigenen – stereotypen Bilder, kulturellen Zuschreibungen und bevormundenden Denk- und Handlungsmuster in der pädagogischen wie ehrenamtlichen Arbeit zu reflektieren und sich klar gegen rassistische Ausgrenzungstendenzen

und Anfeindungen gegen junge geflüchtete Menschen zu positionieren. [...]

Der Reader versammelt themenrelevante Hintergrundtexte sowie ausführliche Nachbetrachtungen der im Rahmen des Projekts organisierten Veranstaltungen. Er dient als Reflexions- und Praxishilfe, um pädagogischen wie ehrenamtlichen Multiplikator*innen einen rassismuskritischen Zugang zur Jugendarbeit und der Arbeit mit jungen geflüchteten Menschen zu erleichtern. Der Reader bietet grundlegende inhaltliche Impulse für die Entwicklung einer rassismuskritischen Haltung und gibt dabei auch den Sichtweisen von jungen geflüchteten Menschen u.a. durch O-Töne und Interviews Raum.“

Kolja Koch (Hg.) im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuarbeit in Nordrhein-Westfalen: kontext.flucht. Perspektiven für eine rassismuskritische Jugendarbeit mit jungen geflüchteten Menschen Düsseldorf 2017, 80 Seiten

Die Publikation kann bei IDA gegen eine Versandkostenpauschale von 3,00 Euro zuzüglich der gewichtsabhängigen Portokosten unter www.idaev.de/publikationen/reader/ bestellt werden und steht dort auch zum Download bereit.

Es ist untersagt

Interview mit Frank Überall zum Thema Verbote

Die ibs ist in ihrer Arbeit mit Verbotsforderungen von Rechtsaußen, andererseits auch mit dem Ruf nach Verboten extrem rechte Parteien oder Aktivitäten wie Demonstrationen konfrontiert. Der Kölner Sozialwissenschaftler und Journalist hat nun ein Buch über Verbote vorgelegt, entstanden aus einem Kunstprojekt, das Überall gemeinsam mit seinem Kollegen Wolfgang Jorzik gestartet hatte. Im Interview erklärt Frank Überall Sinn und Unsinn von Untersagungen.

Im Untertitel Ihres Buches heißt es, dass uns Verbote verwirren und dass wir sie trotzdem brauchen. Warum ist das so?

Ich laufe für mein Projekt viel durch Städte und Landschaften, und ich finde dort unendlich viele Verbote. Manche Orte definiere ich als „restriktiv“, weil dort alles Mögliche untersagt ist. Das entsprechende Schildermeer hat Wolfgang Jorzik und mich einst zu dem Kunstprojekt inspiriert. Als Sozialwissenschaftler finde ich es natürlich spannend zu beobachten, ob wir all diese Verbote tatsächlich brauchen. Tatsächlich sind viele verzichtbar, sie werden ohnehin nicht beachtet. Das liegt oft auch daran, dass die Einhaltung nicht wirklich kontrolliert wird. Ein Beispiel ist die „rote Ampel“: Tagsüber bei fließend gefährlichem Verkehr stellt niemand den Sinn in Frage, nachts auf leerer Straße schon – da hat sicher jede und jeder schon mal das „Gehverbot“ bei „Rot“ missachtet.

Was macht ein gutes Verbot aus?

Es muss nachvollziehbar und verständlich sein. Verbote sind immer auch ein Spiegel von Zeit und Gesellschaft: Was heute verboten ist, kann theoretisch morgen schon erlaubt sein – und umgekehrt. Es ist die Aufgabe der Politik, den entsprechenden Aushandlungsprozess zu moderieren und dann allgemein verbindliche Regelungen zu schaffen. Wir verlieren aber immer mehr öffentlichen Raum an

private beziehungsweise ökonomische Player: Die dürfen dann Untersagungen recht selbstherrlich verhängen. So darf man in den meisten Einkaufszentren keine politischen Flugblätter verteilen oder dort demonstrieren. Und auf der örtlichen traditionellen Geschäftsstraße macht das kaum noch Sinn, weil die Menschen in den großen, überdachten Konsumtempeln sind.

Von Rechtsaußen-Hardlinern hört man immer wieder Verbotsforderungen. Sind die anschlussfähig im politischen und gesellschaftlichen Diskurs?

Wenn etwas als unklar oder gar störend wahrgenommen wird, gibt es stets eine Sehnsucht nach Regelungen, zum Beispiel Verboten. Manche fühlen sich sozial abgehängt oder sind verwirrt über die vielen bürokratischen Untersagungen, die unser Leben strukturieren. Wenn es gelingt, in einer solchen Situation populistisch ein gemeinsames Feindbild aufzuladen, lässt sich das politisch nutzen. Ich hoffe, dass unsere demokratischen Volksvertreter das nachhaltig erkennen und entsprechend handeln.

Wie sieht es mit Partei-/Organisationsverboten aus?

Die rechtlichen Hürden dafür sind hoch. Letzten Endes zerlegen sich rechtsradikale Vereinigungen nach einiger Zeit meist selbst. Hinter den Kulissen streiten diese Herrschaften eigentlich immer wie die sprichwörtlichen Kesselflicker. Wer aber Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung nutzt oder auch nur propagiert, muss bewusst gemacht bekommen, dass das Gewaltmonopol aus gutem Grund beim Staat liegt – im Auftrag von uns Bürgerinnen und Bürgern. Verbote nützen auch im politischen Bereich nur etwas, wenn sie einleuchtend und konsequent sind.

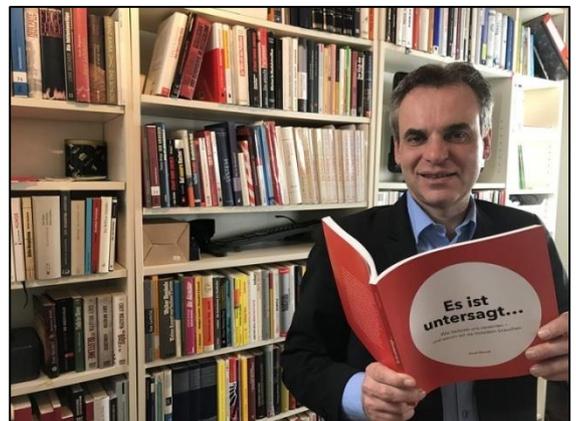
Was kann Bildung beitragen zur Gestaltung und Vermittlung von Verboten?

Bildung und gesellschaftliche Kommunikation sind die Schlüssel dafür, Untersagungen nachvollziehbar zu machen und so zu ihrer Einhaltung zu motivieren. Sanktionen alleine bringen da nur wenig. Es muss um Akzeptanz geworben werden. Dazu versuche ich mit dem „Verboteprojekt“ einen kleinen Teil beizutragen.

Der Autor: Frank Überall (Jahrgang 1971) lebt in Köln. Als freier Journalist berichtet er unter anderem für WDR und ARD. Seit 2015 ist er Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV). Er hat über den Kölner Klüngel promoviert und lehrt an der HMKW Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft als Professor Medien- und Sozialwissenschaften. Der Autor mehrerer politischer Sachbücher ist Mitglied der Autorenvereinigung PEN Zentrum Deutschland. Im Internet findet man ihn unter www.politikinstitut.de.

Das Projekt: Nähere Informationen zum „Verbote“-Projekt mit Links zu Auftritten in sozialen Netzwerken sowie dem Video-Autoren-Blog gibt es auf der Webseite www.esistuntersagt.de. Im Rahmen des Projekts kann jeder selbst aktiv werden und Fotos von Verbotsschildern einsenden. Eine Auswahl wird in den Web-Auftritten vorgestellt. Das Buch „Es ist untersagt – Wie Verbote uns verwirren und warum wir sie trotzdem brauchen“ von Frank Überall ist erschienen im Hamburger Verlag New Business und überall Buchhandel erhältlich: 196 Seiten, ISBN 978-3-936182-63-7, 24,80 Euro.

Der Gewinn, der mit dem Buch gemacht wird, fließt an die Familie von Wolfgang Jorzik. Mit dem Kölner Journalisten, der eine Frau und zwei kleine Kinder hinterließ, hat Frank Überall das „Verbote-Sammeln“ vor vielen Jahren zunächst als Kunstprojekt gestartet.



Neu in der Bibliothek

Gender matters



Nicht neu erschienen, aber neu in unserer Bibliothek ist die Sammlung unterschiedlicher Texte, Interviews und Tagungszusammenfassungen der Friedrich Ebert Stiftung zum Themenschwerpunkt Antifeminismus aus 2016. Ebenfalls wird ein Schwerpunkt auf den antifeministischen „Marsch für das Leben“ gesetzt, welcher jährlich im September in Berlin stattfindet und sich gegen Schwangerschaftsabbrüche positioniert. In anderen Teilen Deutschlands finden solche Versammlungen von fundamentalistischen Christ_innen unter dem Titel „1000 Kreuze für das Leben“ statt, sowie vor etwa drei Wochen in Münster. Die Vereinigung von Antifeminismus, Homofeindlichkeit und rechten Ideologien welche z. B. das *deutsche Volk* durch Schwangerschaftsabbrüche in Gefahr sieht, finden erst seit kurzem Gehör in antifaschistischen und alternativ-politischen Auseinandersetzungen, weswegen kritische Veröffentlichungen hierzu begrüßenswert sind. Anders als der Titel dieses Infobriefes vermuten lässt, bleiben diese Märsche eher im Hintergrund der inhaltli-

chen Auseinandersetzung. Der eigentliche Fokus stellt Feminismus und aktuelle feministische Themen, Herausforderungen und Errungenschaften dar. So wird beispielsweise durch einen Artikel über die antifeministische Situation in Ungarn und weitere Beispiele, Antifeminismus in Europa thematisiert. Dieser Infobrief eignet sich vor allem für den Einstieg in das Thema Antifeminismus sowie Feminismus und verweist im Falle für weiteres Interesse auf Profis im Feld wie zum Beispiel Andreas Kemper und Kübra Gümüşay. Wen das Thema der Abtreibungsgegner_innen interessiert, kann in die Januar-Ausgabe des Magazins *der rechte rand* schauen, die mit „Wir müssen reden: Christen und die Rechte“ einen sehr guten Überblick bezüglich der Verzahnung von fundamentalistischen Christ_innen und Rechtsextremismus gibt. Eine Sammlung von *der rechte rand* befindet sich ebenfalls in unserer Bibliothek. (st)

Gender Matters! Antifeminismus – Marsch für das Leben – Marsch gegen das selbstbestimmte Leben.

Infobrief zur geschlechterpolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert Stiftung Nr.6, Berlin 2016

Als Druckexemplar in der Präsenzbibliothek des NS-DOK zur Einsicht oder als pdf zum Download unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/09501/06-2016.pdf>

Vorsicht Volk!

Ebenfalls nicht brandneu erschienen, dafür neu in unserer Bibliothek, ist der von Markus Liske und Manja Präkels herausgegebene Sammelband zum Themenkomplex „Volk“.

Thematisch knüpft dieser Neuzugang somit an das Werk von Michael Wildt an (Volk, Volksgemeinschaft, AfD), das im Newsletter März 2018 vorgestellt wurde. Der Fokus in diesem Band liegt allerdings nicht auf dem Begriff als historisch gewachsenen und bedingten, sondern findet seinen Ausgangspunkt in den Entwicklungen und Debatten rund um Pegida und Hogesa. Von hier aus schlängeln sich die Autor_innen durch die Gebiete des Internets (Online Trolls, #Lügenpresse) in die politischen Gebiete der ostdeutschen Bundesländer und diskutieren auf ihrem Weg über völkische Zugehörigkeit, Verschwörungstheorien und deutsches Opfertum. Eine spannende Verknüpfung zum oben ausestellten Buch stellt der Artikel „Ein Volk stirbt im

Mutterleib“ von Kirsten Achtelek dar, in welchem sie Verbindungen zwischen völkischen Ideologien und Abtreibungsgegner_innen zieht.

Die Beiträge sind sehr unterschiedlich, kurz, prägnant, manchmal sehr provokativ. Nicht immer geht es um eine fundierte Analyse, dennoch regen die Texte zum Nachdenken an. (st)

Markus Liske und Manja Präkels (Hg.): Vorsicht Volk! Oder: Bewegungen im Wahn?

Verbrecher Verlag, Berlin 2015

ISBN: 9783957321213

280 Seiten, 18 Euro



Am rechten Rand

Extrem rechte Demonstrationen in Kandel und Bottrop: Unter dem Motto „Kandel ist überall“ nahmen am 3. März mehr als 4.000 Menschen an einer Demonstration im pfälzischen Kandel teil. Anlass war die Tötung einer 15-jährigen Schülerin – mutmaßlich durch einen afghanischen Asylbewerber –, die sich im Dezember vergangenen Jahres ereignete und seitdem von extrem rechten Akteuren in Form von „Schweigemärschen“ und Demonstrationen als Aufhänger für Demonstrationen genutzt wird. Zu den Teilnehmern gehörten Mitglieder der neonazistischen „Freien Kameradschaften“, Pegida-Aktivist*innen, Hooligans, sogenannte Reichsbürger und Identitäre sowie Personen aus dem Spektrum extrem rechter Parteien wie NPD, „Die Rechte“ und „Der Dritte Weg“. Angemeldet wurde die Demonstration von der baden-württembergischen AfD-Landtagsabgeordneten Christina Baum. Innerhalb der Demonstration formierten sich Mitglieder der „Identitären Bewegung“ gemeinsam mit Funktionären der AfD und ihrer

Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) in einem „Jugendblock“. Neben dem JA-Bundesvorsitzenden und AfD-Landtagsabgeordneten Damian Lohr suchte unter anderem der Kölner AfD-Funktionär Rainhard Krasson die Nähe zu den vom Verfassungsschutz beobachteten Identitären. Krasson ist Stellvertretender Sprecher des Stadtbezirksverbandes Köln-Porz sowie im Vorstand des Bezirksverbandes Köln der JA. Aus der Demonstration heraus kam es zu Beleidigungen und körperlichen Angriffen auf Gegen-demonstrant*innen und Polizeibeamte.

Rainhard Krasson war erneut vor Ort, als einen Tag später eine thematisch ähnliche Veranstaltung in Bottrop stattfand. Unter dem Motto „Mütter gegen Gewalt“ demonstrierten am 4. März ca. 1.000 Menschen gegen „importierte Gewalt“, darunter zahlreiche Personen aus dem extrem rechten Spektrum. Unter anderem hatten die Parteien NPD, Die Rechte sowie die „Identitäre Aktion“ zu der Demonstration aufgerufen. (kl)

Sprühereien im Kölner Norden: Anfang März tauchten in den Kölner Stadtteilen Nippes und Bilderstöckchen diverse Sprühereien mit identischen Motiven auf. Ganz in der Nähe der Sprühereien gab es einen Überfall, den das Opfer als rassistisch motiviert beschreibt. Das antifaschistische Aktionsbündnis „Köln gegen rechts“ interpretiert die auf Stromkästen und Gebäude gesprühten Symbole als das spiegelverkehrte Logo von „Reconquista Germanica“ und geht von einem rechten Hintergrund aus. Hinter dem Namen verbirgt sich eine Gruppe von rechten

Netzaktivist*innen, die gezielt Hetze im Internet verbreiten und Online-Debatten zu kapern versuchen. Ein rechter Hintergrund ist zu vermuten, bislang ist jedoch unklar, aus welchem Umfeld die Sprühereien tatsächlich kommen. (kl)



Festnahme eines „Reichsbürgers“ auf der Autobahn: Auf der A3 in Höhe der Anschlussstelle Köln-Mülheim endete am 6. März die Flucht eines sogenannten „Reichsbürgers“. Zuvor hatten Beamte der rheinland-pfälzischen Polizei versucht, den 65-Jährigen aufgrund eines Haftbefehls an seinem Wohnort im Kreis Neuwied festzunehmen. Der Mann widersetzte

sich jedoch seiner Festnahme und floh mit dem Auto in Richtung Köln. Erst ein Stauende verhalf der Autobahnpolizei schließlich zur Festnahme des Mannes. Der „Reichsbürger“ ließ sich widerstandslos festnehmen, verriegelte jedoch zuvor die Türen seines Autos von innen, was eine kurzzeitige Sperrung der A3 in Richtung Oberhausen zur Folge hatte. (kl)

Kölner AfD-Kreisvorsitzender trägt „Merkel Jagd Club“-Shirt: Als sich am 6. März der AfD-Stadtbezirksverband für Ehrenfeld, Nippes und Chorweiler gründete, trug der Kölner AfD-Sprecher Christer Cremer ein T-Shirt mit der Aufschrift „Merkel Jagd Club“, die von zwei gekreuzten Schusswaffen gerahmt wird. Neben dem Logo sind außerdem zwei Kornblumen zu sehen – ein Symbol, das in den 1930er-Jahren in Österreich als Erkennungszeichen der Nationalsozialisten diente. Natürlich wolle man niemanden erschießen und auch die Kornblume sei

„erst einmal eine Blume“, sagte Cremer gegenüber RP Online. Gedruckt wurden die T-Shirts von der Jungen Alternative in Brandenburg. (kl)



„Pro Köln“ verkündet eigene Auflösung: Wie die „Bürgerbewegung pro Köln“ am 7. März auf ihrer Internetseite bekannt gab, stimmte ihr Vorstand am 2. März einstimmig für die Auflösung der extrem rechten Wählervereinigung. In Zeiten, in denen „eine bundesweit erfolgreiche Alternative zum etablierten Machtkartell“ existiere, betrachtet man das eigene Fortleben nunmehr als „völlig sinnlos und sogar kontraproduktiv“. Der Vorstand von „pro Köln“ zog damit auch die Konsequenzen aus der eigenen Entwicklung in die politische Bedeutungslosigkeit. Offenbar traf man die Entscheidung über die Auflösung jedoch ohne die Zustimmung der aktuell 57 Mitglieder, wie der „Kölner Stadt-Anzeiger“ am 10. März berichtete. Die hierfür erforderliche Mit-

gliederversammlung soll nun am 15. April im Bürgerzentrum Chorweiler stattfinden.

Noch am gleichen Tag der Auflösungsmitteilung meldete sich der „pro NRW“-Vorsitzende Markus Beisicht zu Wort, der lange als das Gesicht von „pro Köln“ galt, bis es 2015 zum Bruch zwischen ihm und dem Kölner Ableger der „pro-Bewegung“ kam und er fortan bei „pro NRW“ mitwirkte. Auf seiner Facebook-Seite sprach Beisicht mit Verweis auf die Satzung von einer unrechtmäßigen Vereinsauflösung. Die bevorstehende Mitgliederversammlung dürfte demnach auch auf seine Intervention hin stattfinden. Verschwörungstheoretisch analysierte Beisicht zudem, dass der aktuelle „pro Köln“-Vorstand „seit dem Jahr 2015 mit subversiven Mitteln und in wessen Auftrag auch immer an der Liquidierung der gesamten PRO-Bewegung“ arbeite. Deshalb kündigte er an, „auf dieser Mitgliederversammlung für den Fortbestand von PRO KÖLN kämpfen“ zu wollen. Die seit 2015 öffentlich ausgetragene Schlammschlacht zwischen Markus Beisicht und „pro Köln“ könnte also am 15. April ihr vielleicht letztes Kapitel schreiben. Ob die Auflösung von „pro Köln“ jedoch tatsächlich wirksam wird, bleibt abzuwarten. Laut Beisicht sei hierfür eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Mitglieder notwendig. (kl)



Verhandlung wegen Hitlergruß: Eine 24-jährige Frau wurde am 9. März vom Kölner Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 10 Euro verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass sie am Rande einer Protestkundgebung gegen den Bundesparteitag

der AfD im April 2017 den verbotenen Hitlergruß zeigte. Ein 36-jähriger Mitangeklagter kam aufgrund eines Verfahrensfehlers straffrei davon, da er Anfang des Jahres wegen anderer Delikte (u. a. wegen Diebstahls) bereits eine Gesamtstrafe erhalten hatte. (kl)

Früherer SS-Buchhalter Gröning gestorben:

Oskar Gröning war von 1942 bis 1944 als SS-Mann im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau als Buchhalter tätig. 2015 verurteilte ihn das Landgericht Lüneburg wegen Beihilfe zum Mord in mindestens 300.000 Fällen zu vier Jahren Haft. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Gröning durch das Bewachen von Gepäck und das Verwalten von Devisen der Gefangenen die Morde unterstützt hatte. Das Urteil wurde im September 2016 rechtskräftig, jedoch bis zuletzt nicht vollstreckt. Zuletzt hatte Gröning ein Gnadengesuch an die niedersächsische Justizministerin Havliza gestellt. Zu einer Entscheidung kam es aber nicht mehr, da Oskar Gröning am 9. März 2018 im Alter von 96 Jahren verstarb. Der Prozess sorgte auch deshalb für Aufsehen, weil er von VertreterInnen der extremen Rechten medienwirksam begleitet wurde – unter anderem auch aus dem Kölner Umland. Neben dem ehemaligen NPD-Funktionär Thomas Wulff und der mehrfach verurteilten Holocaust-Leugnerin Ursula Ha-verbeck traten auch Vertreter von „Die Rechte

Rhein-Erft“ im Umfeld des Prozesses in Erscheinung.

Die Justiz der Nachkriegszeit unterschied in mehreren Gerichtsverfahren zur Aufklärung von NS-Verbrechen zwischen reinen Vernichtungslagern wie Sobibor oder Treblinka und Konzentrations- und Vernichtungslagern wie Auschwitz oder Majdanek. In Auschwitz-Prozessen musste den Angeklagten eine direkte Tatbeteiligung nachgewiesen werden, was sich als schwierig herausstellte. Im Jahr 2011 kam es schließlich zu einer juristischen Neubewertung, als der Ukrainer John Demjanjuk wegen Beteiligung an der Ermordung von 28.000 Menschen im Vernichtungslager Sobibor verurteilt wurde. Dem SS-Zwangsgehilfen wurde eine funktionelle Beihilfe ohne direkte Beteiligung an einzelnen Morden angelastet. Seit 2011 kam es zu diversen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren, die jedoch zumeist an der Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten scheiterten. Obwohl dies im Lüneburger Auschwitz-Prozess nicht der Fall war, verstarb der Angeklagte Oskar Gröning nun vor dem Antritt seiner Haftstrafe. (kl)

10 rechte Straftaten pro Tag in NRW: Auf eine Anfrage der Grünen im Landtag NRW gab das nordrhein-westfälische Innenministerium im März 2018 bekannt, dass es 2017 zu 3.764 Straftaten mit einem rechtsextremen Hintergrund kam – das entspricht etwa 10 Straftaten pro Tag. Im Vergleich zu 2016 (4.700) ging die Anzahl der Straftaten deutlich zurück, allerdings liegt der Wert deutlich höher als noch 2014 (3.286). Ein Großteil der Straftaten entfiel auf das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (2.062). Hinzu kamen 700 Fälle von Volksverhetzung, 172 Körperverletzungs- und 14 Brand-/Sprengstoffdelikte sowie weitere politisch motivierte Straftaten.

294 der Straftaten im Bereich „Politisch motivierte Kriminalität rechts“ (PMK-rechts) hatten einen antisemitischen und 219 einen islamfeindlichen Hintergrund. Insgesamt registrierten die Behörden 324 antisemitische und 239 islamfeindliche Straftaten. Damit wurden über 90 % aller antisemitisch und islamfeindlich motivierten Strafta-

ten der PMK-rechts zugeordnet. Die restlichen Straftaten entfielen auf ausländische, religiöse oder linke Ideologie oder waren nicht zuzuordnen.

Die meisten Straftaten im Bereich PMK-rechts entfielen landesweit auf Dortmund (250) gefolgt von Köln (220) und Wuppertal (188). Im Regierungsbezirk Köln bleiben die rechten Straftaten in Aachen (73) und Bonn (54) auf einem hohen Niveau, während die Stadt Köln einen deutlichen Rückgang verzeichnet (455 in 2016). Dies ist unter anderem zurückzuführen auf Straftaten, die im Zusammenhang mit Demonstrationen, beispielsweise von Pegida NRW begangen wurden (s. <https://www.mbr-koeln.de/2017/05/24/koeln-trauriger-spitzenreiter-bei-rechten-straftaten-in-nrw-2016/>). Zu den Städten, in denen die Behörden einen deutlichen Anstieg rechter Straftaten registrierten, gehörten Waldbröl (11 im Vergleich zu 4 im Vorjahr) und Sankt Augustin (18 zu 4). (kl)

Morddrohung gegen Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime: Am 14. März 2018 erreichte die Kölner Geschäftsstelle des Zentralrats der Muslime in Deutschland eine Morddrohung gegen ihren Vorsitzenden Aiman Mazyek. In dem Brief, der mit SS-Runen versehen war, wurde Mazyek mit Ermordung gedroht, falls er die AfD weiter beleidige. Weiterhin enthielt das Schreiben weißes Pulver, das sich bei einer Untersuchung jedoch als ungefährlich heraus-

stellte. Die Geschäftsstelle des Zentralrats wurde nach dem Vorfall vorübergehend geschlossen, da man die Morddrohung sehr ernst nehmen und die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr gewährleisten könne. „Wir erhalten regelmäßig Drohungen und anonyme Beschimpfungen, aber mit dieser drastischen Form ist eine neue Dimension erreicht“, sagte Mazyek dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. (kl)

Die Rechte wählte neuen Bundesvorstand: Wie die extrem rechte Kleinstpartei „Die Rechte“ auf ihrer Internetseite verlauten ließ, veranstaltete man am 1. April einen Bundesparteitag „im Rheinland“. Nach dem Rückzug ihres Gründers Christian Worch wurden Sascha Krolzig (Hamm) und Michael Brück (Dortmund) als neue Bundesvorsitzende gewählt – nach eigener Aussage „ohne Gegenstimmen“. Sowohl Krolzig als auch Brück gehören zu den wichtigsten Akteuren der extremen Rechten in Nordrhein-Westfalen, was

den Führungsanspruch ihres Landesverbandes unterstreicht.

Außerdem wurde die mehrfach verurteilte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck zur Spitzenkandidatin für die Europa-Wahl 2019 gewählt. Auf der 15-köpfigen KandidatInnen-Liste finden sich außerdem mit Sven Skoda, Christian Worch, Siegfried Borchardt und anderen „mehr als 30 Jahre Hafterfahrung gegen die Gesinnungsjustiz“.

Das Bonner Landgericht bestätigt Schuldspruch gegen Akif Pirinçci: Vor einem Jahr war der 58-jährige Akif Pirinçci in seiner Heimatstadt Bonn zu einer Geldstrafe von 5.100 Euro (170 Tagessätze à 30 Euro) verurteilt worden. Dagegen hatte der prozessereifere Autor Widerspruch eingelegt. Bei dem Berufungsverfahren zog er den Widerspruch mangels Erfolgsaussichten zurück, nachdem der Richter ihm deutlich seine Grenzen gezeigt hatte.

Hintergrund der Entscheidungen war eine rechtsradikale Hetzschrift, die Pirinçci am 10. Januar 2016 unter dem Titel „Freigabe des Fickviehs“ veröffentlicht und in der er über eine „Invasion krimineller Lüstlinge“ fabuliert hatte. Weiterhin wurde bei dem Urteil im März 2017 ein Facebook-Post Pirinçcis aus dem Jahr 2014 eingebunden, in dem dieser eine Kasseler Sexualforscherin als „sexbesessene Zwangsjacken-Kandidatin“ bezeichnet hatte, die ihre Professur „offenkundig in einem arabischen Puff erlangt“ habe. Das Urteil sah die Menschenwürde von Teilen der Bevölkerung verletzt.

Der Richter am Bonner Landgericht, Josef Janßen, ließ keinen Zweifel daran aufkommen, dass Pirinçci mit dem Urteil äußerst glimpflich davongekommen sei: „Ich kann einfach nicht nachvollziehen, warum Sie keine sachliche Diskussion führen können und immer unter die Gürtellinie zielen. Das ist eine ganz üble Ma-

sche“, sagte er nach einem Bericht des Bonner „General-Anzeigers“. Als der für seine in äußerst rechten Kontexten getätigten sprachlichen Ausfälle und sexualisierten Beleidigungen bekannt gewordene Autor hierzu erneut eine Diskussion beginnen wollte, war dies dem Richter gemäß dem „General-Anzeiger“ entschieden zu viel: „Wir machen hier keinen Unterricht darüber, was Sie sagen dürfen und was nicht. Das war Beleidigung. Punkt!“

Der Kölner „Express“ zeichnet ein wenig vorteilhaftes Bild des früher erfolgreichen Katzenkrimi-Autors: Vom „Glanz eines erfolgreichen Katzenkrimi-Autors“ sei „längst nichts mehr übrig. Stattdessen saß Akif Pirinçci (58) am Dienstag eingefallen und mit hängenden Schultern im Landgericht“.

Pirinçci, dessen Bücher bei dem neurechten Antaios Verlag erscheinen, ist wegen seiner hetzerischen Schriften und Äußerungen bereits mehrfach verurteilt worden, unter anderem wegen Beleidigung. Weitere Ermittlungsverfahren sind noch anhängig. Im vergangenen Jahr las er sowohl bei den rechtspopulistischen Regionalgruppierungen „pro Köln“ als auch „pro NRW“ aus seinen Büchern. (Susanne Müller)

Der Artikel erschien erstmals auf dem online-Portal „blick nach rechts“ (bnr.de). Wir danken für die freundliche Abdruckgenehmigung.

Bildnachweise:

- S.2: Braun Gris, Museum des Warschauer Aufstandes (o.),
Hentrich & Hentrich (M.), Bilderbuch Köln (u.)
S. 3: *Bundesarchiv Berlin*
S. 4: *Yad Vashem, Photo Archive* (o.), privat (u.)
S. 5: NS-DOK (o.). RBA (M.), Loh/Güngör (u.)
S. 8: ibs
S. 9: Initiative Völkermord Erinnern
S. 10: VbFP NRW (M.), KFA/KFR (u.)
S. 11: Stadt Köln (o.), 20th Century Fox (u.)
S. 12: Friedensbildungswerk (o.)
S. 13: Museum Ludwig (o.), Regina Spitz/IN VIA Köln (u.)
S. 16: IDA NRW
S. 17: Mareike Pede
S. 18: FES (o.), Verbrecher Verlag (u.)
S. 19: Jugendclub Courage
S. 20: Screenshot Facebook Account JA Brandenburg (M.), ibs (u.)

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de